

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/9

Bonn den 14. Januar 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1 - 2	<u>Mit Willy Brandt voran</u> Würdiger Nachfolger Erich Ollenhauers	55
2	<u>Zerrissene Koalition</u> Das "Sozialpaket" - zu schwer für Regierung Erhard	52
3 - 4	<u>Moskau will endlich Erfolge sehen</u> Zu Ulbrichts Moskareise Von Stephan G. Thomas, Leiter des Ostbüros der SPD	84
5 - 6	<u>Diskussion um das österreichische Bundesheer</u> Nur eine Verwaltungsgarnung? Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Frantz	72

Chefredakteur Ginter Markscheffel

Mit Willy Brandt voran

Würdiger Nachfolger Erich Ollenhauers

G. M., zur Zeit Berlin

Der Vorschlag des SPD-Vorstandes, den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, auf dem Mitte Februar in Bad Godesberg stattfindenden Ausserordentlichen Parteitag zum Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten der Sozialdemokratie zu wählen, kam für niemanden unerwartet. Auch die durch den Vorstand auf seiner Sitzung in Berlin erfolgte Nominierung von Herbert Wehner und Fritz Erler zu stellvertretenden Vorsitzenden ist keine Überraschung gewesen.

Daß diese Vorschläge einstimmig angenommen wurden, spricht für die Qualität der genannten Politiker und für die Qualität derjenigen, die diesen Beschluß faßten. Es besteht kein Zweifel, daß in Godesberg die von dem Führungsgremium der Partei entwickelten Vorstellungen für die nach dem Tode Erich Ollenhauers notwendig gewordene Neuformierung der Parteispitze eine eindeutige Zustimmung finden werden.

Die Nominierung Willy Brandts zum Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten ist die logische Konsequenz seiner bisherigen politischen und persönlichen Leistung an der schwierigsten Stelle der deutschen Politik. Sie ist aber auch der unmittelbare und gewollte Hinweis der Deutschen Sozialdemokratie auf die große Bedeutung, welche diese Partei dem gesamtdeutschen Schicksal und dem gesamtdeutschen Geschehen zumißt. Was der geteilten deutschen Hauptstadt Berlin nützt, deren Repräsentant der Sozialdemokrat Willy Brandt ist, das nützt auch Deutschland und der deutschen Politik.

Nach Louise Schröder, Ernst Reuter und Otto Suhr steht Willy Brandt an der Spitze der Leidgeprüften alten deutschen Hauptstadt. Er hat die ihm übertragene Verantwortung und die in ihr gesetzten Erwartungen, vor aller Welt deutlich sichtbar, in einer Weise erfüllt, die ihn zum Staatsmann werden ließ. Die jüngsten Berliner Ereignisse während der Weihnachts- und Neujahrstage sind der markanteste Beweis für diese Feststellung.

- * Wer so souverän, wie es Willy Brandt getan hat, die schwierigsten Probleme in Griff behält, ist befähigt, die große Deutsche Sozialdemokratie zu führen und ihr Kanzlerkandidat zu sein.

Die Führungsgremien der Sozialdemokratie haben mit dieser Nominierung einmal mehr bewiesen, daß die SPD ihre Politik an den Interessen des ganzen deutschen Volkes orientiert. Die Menschen jenseits von Mauer, Stacheldraht und Todesstreifen wissen um die Leistungen der Sozialdemokratie für Deutschland.

Nach dem ersten Weltkrieg waren es Sozialdemokraten, die den Rechts- und Linkseradikalismus abwehrten und dadurch die Einheit Deutschlands bewahrten. Und auch nach dem zweiten Weltkrieg hat kein anderer als der Sozialdemokrat Kurt Schumacher einem verwüsteten Deutschland und einem von seiner nationalistischen Führung im Stich gelassenen deutschen Volk den Glauben an die Möglichkeit des Zusammenhalts der Nation erhalten.

Willy Brandt ist in dieser Partei, die solches vollbrachte, groß geworden. Er handelt nach ihren Prinzipien, die, in einer hundert-

jährigen Geschichte geprägt, immer wieder und besonders in den schwersten Stunden der Nation unserem Volke ihre besten Männer gegeben hat.

Die dem Regierenden Bürgermeister von Berlin zugedachte Aufgabe ist nicht leicht. Das weiß er, und das wissen auch seine Freunde. Sie stehen an seiner Seite, loyal und bereit, ihr Wissen und Können mit dem des zu wählenden neuen Vorsitzenden zu verbinden. Auch ihre Politik ist Teil der Gestaltungskraft der Deutschen Sozialdemokratie, zu deren Wesen es gehört, sich der Gemeinschaft verpflichtet zu fühlen.

Deshalb klingen die den Beschluß von Berlin begleitenden Bemerkungen einiger voreiliger Gegner der Sozialdemokratie wie parteipolitische Pflichtübungen einer im Geschäftsführungsdenken sich erschöpfenden Fleißaufgabe. Lassen wir das dort, wo es hingehört.

Die große Deutsche Sozialdemokratie hat schon oft gezeigt, daß sie fähig ist, mit Leistungen aufzuwarten, die dem Ganzen dienen. Das ist auch der Sinn und die politische Bedeutung der Vorschläge von Berlin.

+ + +

Zerrissene Koalition

sp - Die Lage des "Sozialpakets", mißlungenes Produkt Blankscher Reformvorstellungen, sind wohl endgültig gezählt. Die Ohnmacht der Regierung Erhard, mit dieser Erschöpfung des Kabinetts Adenauer fertig zu werden, liegt offenkundig zutage. Bundeskanzler Erhard will sein Prestige mit diesem Sozialpaket nicht verbinden, er überläßt es nun den Fraktionen seiner Koalition, so zu verfahren, wie sie es für gut befinden. Zwischen beiden Fraktionen, der FDP und der CDU/CSU, bestehen nicht zu überwindende Meinungsunterschiede, aber auch innerhalb der größten Regierungspartei lassen sich die Auffassungen nicht auf einen Nenner bringen. Die Höhe der Versicherungspflichtgrenze bleibt nach wie vor unstritten. Der Arbeitnehmerflügel, um seinen Einfluß und seine Geltung bei den Industriearbeitern fürchtend, möchte sie bis 1.200 DM monatlich anheben. Die Mehrheit der Fraktion will davon nichts wissen.

Die Verabschiedung des "Sozialpakets" stand auf der Dringlichkeitsliste der Bundesregierung - davon kann nun nicht mehr die Rede sein. Der Vorgang ist einmalig in der Deutschen Parlamentsgeschichte. Heute rächt sich das Versäumnis, nicht die Voraussetzungen für eine Sozialpolitik aus einem Guß geschaffen zu haben. Was unter der Federführung des Arbeitsministers Blank ein großes gesellschaftspolitisches Gesetzswerk sein sollte, erweist sich als ein unverdaulicher Brocken. Die Lieblingsidee Blanks, die Kostenbeteiligung der Versicherten, schlägt sogar allen Erkenntnissen moderner Gesundheitspolitik ins Gesicht, sie bedeutet, würde sie verwirklicht, sozialpolitischen Rückschritt. Was wurde aus der Ankündigung Erhards in seiner ersten Regierungserklärung, "die Durchführung einer Sozial-Enquête zu veranlassen, die die Grundzüge dafür bilden soll, die sozialen Leistungen und Maßnahmen in ihrer Ganzheit und in ihren gegenseitigen Beziehungen überschaubar zu machen"? Bisher blieb es nur bei Worten. Kostbare Zeit wurde vertan, Zuflucht zu Stückwerken genommen. Am Beispiel des sich nun auflösenden Sozialpakets dokumentiert sich die Unfähigkeit der Regierung Erhard, die Sozialpolitik den Erfordernissen der modernen Industriegesellschaft anzupassen.

+ + +

Moskau will endlich Erfolge sehen

Zu Ulbrichts Moskaureise

Von Stephan G. Thomas, Leiter des Ostbüros der SPD

Ulbrichts überraschende Moskaureise, zu der er von Chruschtschow veranlaßt wurde, hatte verschiedene Aspekte. Einmal ging es, wie inzwischen aus Ostberliner Quelle bekannt wurde, um die Problematik der Deutschlandpolitik schlechthin, zum anderen stand die Lage in der "DDR" zur Diskussion.

Unter dem Namen Ulbrichts wurde anlässlich des Besuches ein längerer Artikel in der "Prawda" veröffentlicht, der als kollektive Arbeit in der Propagandaabteilung des Zentralkomitees der SED entstanden ist. In diesem Artikel wird ein serviles Bekenntnis zur Übernahme der sowjetischen Normen für die Gestaltung der Innen- und Wirtschaftspolitik der "DDR" abgelegt. Die "Lehren Lenins" und die "Reden Chruschtschows" werden darin als "Grundlage" der SED-Politik bezeichnet. Nachdem in einigen Seitenstichen die chinesischen Vorstellungen verurteilt und als "Subjektivismus" abgetan worden sind, verspricht Ulbricht baldige Erfolge seiner Volkswirtschaft und die Stabilisierung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der "DDR". Mit viel Wortgeklänge verweist er auf große Erfolge, die auf diesem Wege bereits errungen seien, aber zum Schluß öffnet er sich eine Hintertür, um bei künftigen Mißerfolgen ein Alibi zu haben: "Wir können nicht behaupten", so räumt er ein, "daß wir alle damit verbundenen Probleme schon gelöst hätten." Es sei notwendig, "erst noch eine Reihe ökonomischer Experimente durchzuführen", ehe man endgültig an die Überwindung der Mängel und Schwierigkeiten herangehen könne.

Moskaus Unzufriedenheit mit Pankow

In diesem Artikel ist die Linie angedeutet, die von der SED bezogen wurde, um die wachsende sowjetische Kritik an den Mißständen in der "DDR" und ihrem Zurückbleiben sowohl gegenüber anderen Ostblockstaaten als auch gegenüber der Bundesrepublik abzufangen. Bekanntlich hatte die SED 1958 versprochen, den Durchbruch bis 1961/62 zu erzielen. Das Gegenteil indes trat ein. Die Sowjetisierungsmaßnahmen in der gesamten Zonenwirtschaft, die vom V. SED-Parteitag 1956 ausgingen, führten zu schweren Rückschlägen, zu Massenwiderstand und Massenflucht. Die Errichtung der Mauer 1961 war der letzte Beweis für das Scheitern dieses Experimentes.

Mit der Errichtung der Mauer wurde der SED von den Sowjets eine neue Chance gegeben, die Zonenwirtschaft zu sanieren und das Regime zu stabilisieren, ohne daß nunmehr die bis dahin als Ursache aller Mißerfolge unterstellte "westliche Störtätigkeit" wirksam werden konnte. Daß die Sowjets dem Märchen von der Störtätigkeit nicht sonderlich trauten, geht daraus hervor, daß noch zu Zeiten des Sowjetbotschafters Perwachin eine sowjetische Untersuchungskommission gebildet wurde, die feststellen sollte, warum die Wirtschaftskrise nicht überwunden und die Bevölkerung nicht mit dem Regime ausgesöhnt wurde. Diese Kommission wurde später von Perwachins Nachfolger, dem Sowjetbotschafter

Abramissow, übernommen und arbeitet noch heute. Ihre Erkenntnisse dürften die Grundlage für die Verhaltungen gegeben haben, die Chruschtschow beim jüngsten Ulbricht-Besuch gegen die SED-Politik in der "DDR" erhoben hat.

Uns ist bekannt, daß in einem dieser Berichte der sowjetischen Untersuchungskommission warnend darauf verwiesen wurde, daß im Auftreten gewisser SED-Funktionäre gegenüber der mitteldeutschen Bevölkerung Elemente lägen, die auch das vorrevolutionäre Regime des Mathyas Rakosi in Ungarn ausgezeichnet hätten: Unduldsamkeit, Härte, Verzicht auf Überzeugungsarbeit, administrativen und Vernachlässigung des Systems materieller Interessiertheit.

In dem unter dem Namen Ulbrichts veröffentlichten "Prawda"-Artikel wird direkt darauf Bezug genommen, wenn es an einer Stelle selbstkritisch heißt, es sei falsch, nur in der "ideologischen Arbeit der Partei und in administrativen Anweisungen" das Hauptmittel der Entwicklung zu sehen, es gelte vielmehr, schöpferische Initiativen zu wecken und materielle Interessiertheit der Arbeiter zu schaffen.

Stillstand der Deutschlandpolitik

Der Hintergrund dieser Kritik und Selbstkritik - um den Fachausdruck aus der kommunistischen Parteisprache zu gebrauchen - liegt in der Erkenntnis Moskaus, daß man in der sowjetischen Deutschlandpolitik nicht einen Zentimeter weiterkommen kann, so lange es in der "DDR" nicht gelingt, stabile Verhältnisse zu schaffen. In den internen Auseinandersetzungen der Sowjets mit Ulbricht wird von sowjetischer Seite immer wieder die Formalisierung gebraucht, die SED müsse die Verhältnisse in der "DDR" endlich "normalisieren".

Zweifellos ist Ulbrichts Taktik in der Passierscheinfrage von Moskau als ein Erfolg angesehen worden, auch wenn sich der SED-Chef erst unter sowjetischem Druck auf diese Ebene wagte. Es gibt Anlaß zu der Vermutung, daß es Ulbricht gelungen ist, seinen sowjetischen Gesprächspartnern noch einmal zu suggerieren, in einem neuen Anlauf werde er die Misere seines Staates überwinden und die "DDR" endgültig zu einer attraktiven Position in Moskaus Spiel um Gesamtdeutschland machen.

Die Sowjets haben sich - nur allzu gerne - schon mehrmals auf solche Beteuerungen eingelassen, weil ihnen dies ein Umdenken in ihrer Deutschlandpolitik erspart und den alten Illusionen entgegenkommt. Auch diesmal dürfte das Erwachen bitter werden. Wann endlich ringt sich der Krenl zu einer nüchternen Einschätzung der Lage in Deutschland durch?

Diskussion um das österreichische Bundesheer

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

In der österreichischen Öffentlichkeit wird in letzter Zeit auffallend viel über das Bundesheer diskutiert. Der Anstoß dazu ging von sozialistischer Seite aus und offenbarte das Unbehagen, das allgemein über eine Einrichtung empfunden wird, die den Steuerzahler sehr viel Geld kostet, ohne ihm als Gegenleistung das Gefühl eines effektiven Nutzens zu vermitteln. Wie vielschichtig und kompliziert das Problem Bundesheer ist, geht aus den einander widersprechenden Erklärungen hervor:

- * Der sozialistische Staatssekretär im Verteidigungsministerium,
- * Otto Rössch, übte heftige Kritik an der Führung des Bundesheeres, insbesondere an den jüngst erfolgten Reorganisationsmaßnahmen, und sprach sich für eine Verkürzung der Militärdienstpflicht aus.
- * Der sozialistische Bundesrat Prof. Dr. Hans Thirring, ein international bekannter Atomphysiker, machte den sensationellen Vorschlag, das Bundesheer gänzlich abzuschaffen und Abrüstung und Neutralität durch die UNO garantieren zu lassen, wodurch Österreich der übrigen Welt ein Beispiel echter Friedensgesinnung geben könne.
- * Die theoretische Halbmonatsschrift der SPÖ, "Die Zukunft", veröffentlichte einen Artikel, in dem zwar Mißstände innerhalb des Bundesheeres angeprangert werden, der aber im Übrigen das Bundesheer als solches bejaht und lediglich verbessert sehen möchte.

Tatsache ist jedenfalls, daß das Bundesheer dem österreichischen Staat im laufenden Jahr 2,6 Milliarden Schilling, das sind 4,19 Prozent des gesamten Staatsbudgets, kosten wird. Ebenso ist es aber auch Tatsache, daß seit nunmehr achteinhalb Jahren ein solches Bundesheer besteht, nahezu eine Viertelmillion Staatsbürger darin ihre militärische Ausbildung erhalten haben und der Schutz der Neutralität und Integrität eben diesem Heer gesetzlich, ja sogar verfassungsmäßig anvertraut ist.

Unklar ist allerdings schon, ob der Staatsvertrag von 1955 die Aufstellung eines Heeres zwingend notwendig gemacht hat oder nicht. In der "Zukunft" der SPÖ wird das fest behauptet, der SPÖ-Bundesrat Prof. Thirring bestreitet es. Das ist ein starker Widerspruch. In Wahrheit ist es so, daß das Bundesheer zwar seine Begründung sowohl im Staatsvertrag als auch im geltenden Völkerrecht findet, daß aber dennoch kein echter Zwang besteht, es für alle Zeiten zu behalten und somit der Vorschlag Prof. Thirrings als weltfremde Pazifistenschwärmerei abzutun.

Verdient also dieser von höchster Verantwortlichkeit getragene Vorschlag des sechsundsiebzigjährigen Atomphysikers Beachtung und Erwägung, so muß man wohl oder übel zunächst einmal mit den brennenden Problemen des bestehenden Bundesheeres fertigwerden. Dazu hat Staatssekretär Rösch ebenso reale wie konkrete Vorschläge gemacht:

- * Verkürzung der Dienstzeit von gegenwärtig neun auf sechs-
* halb Monate; dafür intensivere Ausbildung (statt Gras zup-
* fen und Papier aufklauben) und Einführung von pflichtmäßigen
* Waffenübungen, um die Ausbildung jeweils auf dem neuesten
* Stand der Waffentechnik und Strategie zu halten. In der
* Schweiz beträgt die Wehrdienstzeit bloß vier Monate.
- * Einstellung der Waffenkäufe für vorläufig einige Jahre, um
* statt dessen die notwendigen Instandsetzungs- und Instand-
* haltungseinrichtungen zu schaffen. Derzeit stehen noch Pan-
* zer bei jeder Witterung im Freien und verrotten, weil ein-
* fach nicht genügend Garagen und Reparaturwerkstätten vorhan-
* den sind.

Ganz besonders kritisiert wird - nicht nur vom sozialisti-
schen Staatssekretär, sondern beispielsweise auch von der dem Groß-
unternehmertum nahestehenden "Presse" - die durch ÖVP-Verteidigungsminister Dipl. Ing. Dr. Karl Schleizer eingeführte und vor
kurzem wirksam gewordene Umgliederung des österreichischen Bundes-
heeres durch Trennung in Ausbildungs- und Einsatzeinheiten. Dadurch
benötigt man nämlich doppelt soviel Material wie bisher, außerdem
fehlt es an genügend Kaderpersonal.

Ein solches Konzept paßt nur für das Heer einer Großmacht.
Für einen kleinen Staat wie Österreich, der nur Verteidigungsauf-
gaben zu erfüllen hat, kommt nur ein Ausbildungsheer in Frage,
das bei Bedarf durch eine rasche Mobilisierung in ein Einsatzheer
umgewandelt werden kann. "Ich habe den Eindruck", sagte Staats-
sekretär Rösch, "wir haben derzeit weder ein wirkliches Ausbil-
dungsheer, noch ein wirkliches Einsatzheer, sondern im wesentlichen
eine Verwaltungsarmee".